

September 2021 | DE

This page is also available in:

- ES
- BG
- CS
- DA
- EN
- ET
- FR
- EL
- GA
- HR
- IT
- LV
- LT
- HU
- MT
- NL
- PL
- PT
- FI
- RO
- SK
- SL
- SV

Available Languages:

GRUSSWORT



Wir alle können etwas bewegen!

Liebe Leserinnen und Leser,

diesen September habe ich das Gefühl, es hätte ein neues Jahr begonnen. Man könnte meinen, es wäre Januar. Im September endet die Sommerpause und die Menschen kehren zum Alltag zurück: Arbeit, Treffen, Reisen oder Schule. Dieses Jahr spüre ich das noch stärker als sonst. Die Impfraten wecken die Hoffnung, dass wir uns in unseren Regionen und auf unserem Kontinent endlich wieder frei bewegen können. Das Zusammenspiel neuer soziokultureller Normen und Hygieneregeln gibt uns die Möglichkeit eines Neuanfangs.

Schon im nächsten Monat ist das erste Jahr dieser Mandatsperiode des EWSA vorüber. Und doch werden viele Mitglieder in diesem und im kommenden Monat zum ersten Mal den EWSA in Brüssel betreten.

Es liegt ein Gefühl der Erwartung und der offenen Möglichkeiten in der Luft. Die Zivilgesellschaft muss ihre Stimme erheben und sich Gehör verschaffen. Hier ist der EWSA gefragt.

18 schwierige Monate Pandemie liegen hinter uns. Der Sommer war schwer. In vielen Teilen Europas kam es infolge des Klimawandels zu schweren Verwüstungen. Extreme Überschwemmungen haben Menschen aus dem Leben gerissen (210 Tote waren zu beklagen, die meisten in Deutschland) und den Alltag vieler komplett über den Haufen geworfen. Auch in Belgien, Luxemburg, den Niederlanden und der Schweiz führten die Überschwemmungen zu Schäden und kosteten Menschenleben.

Infolge der Trockenheit in Italien und ganz besonders in Griechenland brannten die Wälder. In Griechenland wurde eine Rekordtemperatur von 47,1 Grad Celsius gemessen. Die Bilder eines Europas, das teilweise unter Wasser und teilweise in Flammen steht, führen uns die Dringlichkeit vor Augen, mit der wir uns zusammensetzen und eine Lösung für die Herausforderungen finden müssen, vor denen wir stehen. Es war ein starkes Zeichen der Solidarität, dass Feuerwehrleute aus Deutschland, Polen, Rumänien und anderen Ländern Griechenland zur Hilfe eilten.

Unser Terminkalender für die kommenden Monaten ist gut gefüllt. Auf der Konferenz zur Zukunft Europas werden unsere Mitglieder alle Hände voll zu tun haben, damit sämtliche Anliegen Gehör finden. Das Motto „Die Zukunft liegt in Ihrer Hand“ soll uns daran erinnern, dass wir die Zukunft

nur dann gestalten können, wenn wir uns aktiv einbringen.

Unsere Veranstaltung „Connecting EU“ im November in Lissabon wird diesbezüglich eine große Hilfe sein. Ziel dieser EWSA-Initiative ist es,die zivilgesellschaftlichen Akteure aus ganz Europa noch stärker miteinander zu vernetzen. In der Regel nehmen 120 Personen teil, darunter Kommunikationsbeauftragte zivilgesellschaftlicher Netze, Mitglieder der COCOM, Journalistinnen und Journalisten sowie Vertreterinnen und Vertreter anderer Institutionen. Ich freue mich, Sie außerdem auf unseren Preis der Zivilgesellschaft hinzuweisen, mit dem in diesem Jahr Initiativen ausgezeichnet werden, die sich aktiv für den Klimaschutz einsetzen.

Wir alle können etwas bewegen! Wir sollten die Möglichkeiten für ein aktives Engagement optimal nutzen. Und wir sollten dafür sorgen, dass wir damit auch etwas erreichen.

Cillian Lohan

EWSA-Vizepräsident für Kommunikation

BITTE VORMERKEN

20. September 2021, Brüssel

Freiwilligentätigkeit – Bürgerinnen und Bürger gestalten die Zukunft Europas

22./23. September 2021, Brüssel

EWSA-Plenartagung

30. September – 1. Oktober 2021, Nordmazedonien

8. Forum der Zivilgesellschaft des Westbalkans

1. Oktober 2021, Brüssel

30 Jahre im Dienste der europäischen Verbraucherinnen und Verbraucher



EINE FRAGE AN ...

In unserer Rubrik „Eine Frage an ...“ sprechen wir mit EWSA-Mitgliedern über ein Thema von besonderer Aktualität.

Für die September-Ausgabe haben wir den Vorsitzenden der Fachgruppe Binnenmarkt, Produktion, Verbrauch Alain Coheur gebeten, uns seine Überlegungen zu den Herausforderungen der Industriestrategie darzulegen.

Eine Frage an Alain Coheur, Vorsitzender der Fachgruppe Binnenmarkt, Produktion, Verbrauch (INT):

Im Mai 2021 hat die Europäische Kommission die Mitteilung „Aktualisierung der neuen Industriestrategie von 2020: einen stärkeren Binnenmarkt für die Erholung Europas aufbauen“ vorgelegt. Darin wird der Schwerpunkt auf das Funktionieren des Binnenmarkts vor dem Hintergrund der Pandemie gelegt. Welche Aufgaben will der EWSA im Rahmen dieser Strategie, die den Lehren aus der Gesundheitskrise und ihren Auswirkungen auf Wirtschaft und Industrie Rechnung trägt, vorrangig in Angriff nehmen? Was erwarten Sie von der Zivilgesellschaft hinsichtlich der Umsetzung der Grundsätze der Industriestrategie?

DIE GRÜNE INDUSTRIESTRATEGIE ALS ECKPFEILER DES EUROPÄISCHEN GRÜNEN DEALS

Die neue Industriestrategie mit dem Titel „Aktualisierung der neuen Industriestrategie von 2020“ (COM(2021) 350 final), die am 5. Mai veröffentlicht wurde, gehört sicherlich zu den wichtigsten Herausforderungen der EU. Die Mitgliedstaaten können die Krise nur überwinden, wenn sie koordiniert vorgehen, niemanden zurücklassen und die Unternehmen wieder befähigen, Mehrwert zu erzeugen, in eine nachhaltige Zukunft zu investieren und hochwertige Arbeitsplätze zu erhalten bzw. zu schaffen.

Im EWSA haben wir auf Anregung der Fachgruppe INT und mit Unterstützung aller Fachgruppenvorsitzenden gemeinsam eine Reihe von Webinaren auf den Weg gebracht, die jeweils einem in die Zuständigkeit der einzelnen Fachgruppen fallenden Thema der Industriestrategie gewidmet sind.

Am 13. Juli veranstaltete die CCMI ein erstes Webinar zum Thema „Die Rolle kritischer Rohstoffe für eine starke industrielle Basis“. Die nächste Veranstaltung folgt am 15. September, das Webinar der Fachgruppe INT zum Thema „Industriestrategie der EU – Indikatoren zur Messung der Fortschritte“. Weitere geplante Webinare:

• 18. Oktober 2021 – ECO-Webinar: „Lenkung von Finanzmitteln in Umwelt-, Sozial- und Governance-Kriterien entsprechende Investitionen“

• 26. November 2021 – SOC-Webinar: „Ein gerechter Übergang für die europäischen Industriebeschäftigten: Ungleichheit und Diskriminierung beseitigen sowie Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten fördern“

• 10. Dezember 2021 – NAT-Webinar: „Strategie ‚Vom Hof auf den Tisch': Abstimmung der Lebensmittelwirtschaft auf die Klimaneutralitätsziele des europäischen Grünen Deals und die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen"

• Januar 2022 – TEN-Webinar: „Saubere Energie für den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft"

• Februar 2022 – REX-Webinar: «Nachhaltige Lieferketten und Standortverlagerung"

Den Abschluss dieser Veranstaltungsreihe bildet die hochrangige Konferenz „Eine nachhaltige Zukunft für die europäische Industrie" im März 2022. Diese Konferenz wird gemeinsam mit der Europäischen Kommission ausgerichtet. Zu den Teilnehmern gehören die Vizepräsidentin der Kommission **Margrethe Vestager** und Kommissionsmitglied **Thierry Breton** sowie ein Vertreter bzw. eine Vertreterin des künftigen französischen Ratsvorsitzes.

Diese neue Strategie bringt viele Herausforderungen mit sich. Folgende wesentliche Aspekte möchte ich in diesem Zusammenhang hervorheben:

Der Übergang zu einer CO_2-neutralen Wirtschaft und die Umkehr des dramatischen Verlusts der biologischen Vielfalt sind unabdingbar. Ohne eine grüne Industriestrategie als Eckpfeiler des Grünen Deals wird es der EU nie gelingen, in nur einer Generation eine CO_2-neutrale Wirtschaft aufzubauen.

Mit der neuen Industriestrategie muss für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Unterstützung europäischer Unternehmen, der Erreichung der Klimaneutralität bis 2050 und Verbraucheranreizen zur Förderung des Konsums nachhaltiger Waren und Dienstleistungen gesorgt werden.

Die Kreislaufwirtschaft ist der Schlüssel zur Entwicklung des künftigen europäischen Wirtschaftsmodells. In ihrem Rahmen müssen tragfähige und wirtschaftliche Alternativen zu fossilen Brennstoffen geprüft und dezentralisierte und kooperative Lösungen für saubere Energie gefunden werden.

Die Industriepolitik muss mit einer resoluten Handels- und Außenpolitik einhergehen, über die ihrerseits Strategien bereitgestellt werden müssen, um den Zugang zu Rohstoffen zu sichern. Zudem muss dem gesamten Gesundheitsbereich besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Die europäische Industrie wird entweder die Digitalisierung vollziehen, oder sie wird nicht mehr weiterbestehen. Investitionen in IKT-Sektoren wie Datenwirtschaft, Internet der Dinge, Cloud-Computing, künstliche Intelligenz und fortgeschrittene Fertigung müssen alle Regionen und Mitgliedstaaten erreichen.

Die KMU werden wahrscheinlich am schwersten von dieser Krise betroffen sein. Sie müssen bei ihrem Wachstum, der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle und der Anwerbung qualifizierter Arbeitskräfte unterstützt werden, etwa durch die Einführung von Aktienoptionen für Mitarbeiter.

Alain Coheur

Vorsitzender der Fachgruppe Binnenmarkt, Produktion, Verbrauch (INT)

NEW PUBLICATIONS



Überraschungsgast

Jeden Monat stellen wir eine Persönlichkeit vor, die durch ihre Arbeit und ihr Engagement Vorbildwirkung hat.

Für die September-Ausgabe haben wir **Sébastien Maillard**, Direktor des Jacques-Delors-Instituts in Paris, eingeladen. Er wird uns sein Verständnis des „Zugehörigkeitsgefühls zu Europa“ erläutern, das für die Debatte über die Zukunft Europas, die im ersten Halbjahr 2022 in den französischen Ratsvorsitz münden wird, besonders wichtig ist.

Sébastien Maillard ist Direktor des Jacques-Delors-Instituts in Paris, einer Denkfabrik mit 20 Mitarbeitern, die in Zusammenarbeit mit ihren Partnern in Berlin und Brüssel europäische Fragen analysiert und praktische Ideen dazu formuliert, wie die europäische Integration in verschiedenen Schlüsselbereichen vorangebracht werden kann. Über ihre *Académie Notre Europe* will das Jacques-Delors-Institut die Altersgruppe der 18- bis 30-Jährigen für Europafragen sensibilisieren.

Nach seiner Tätigkeit als Journalist bei der französischen Tageszeitung *La Croix* stieß Sébastien Maillard zu der Denkfabrik, die von dem ehemaligen Präsidenten der Europäischen Kommission Jacques Delors gegründet wurde und für die er Korrespondent in Brüssel (2007-2010) und Rom (2013-2016) war. Außerdem gehörte er zum Leitungsteam des Bereichs Internationales und berichtete 2017 über den Präsidentschaftswahlkampf von Emmanuel Macron. Als Experte für Europafragen unterrichtete er an der Pariser Elitehochschule *Sciences Po* sowie am *Boston College* und arbeitete mit der Medienplattform *TheWorldPost*, dem Magazin *The German Times* sowie mit anderen Printmedien zusammen. Sébastien Maillard ist in Gremien verschiedener europäischer Organisationen (Europäische Bewegung, Robert-Schuman-Haus, Maison de l’Europe) vertreten und Autor des Buches *Qu’avons-nous fait de l’Europe?* (erschienen 2013 mit einem Vorwort von Jacques Delors). Aus Gesprächen mit Enrico Letta ist 2017 das Buch *Faire l’Europe dans un monde de brutes* hervorgegangen (2019 als Taschenbuch erschienen und in mehrere Sprachen übersetzt). (ehp)



Sébastien Maillard: Sie sagten „Zugehörigkeit“?

So lautet das letzte der drei Wörter, die der künftige französische EU-Ratsvorsitz als Motto ausgewählt hat, und es ist dasjenige, das das meiste Stirnrunzeln hervorruft: Zugehörigkeit. Worum geht es dabei eigentlich? Es geht um das nur schwer in Worte Fassbare, das Sie sich als Europäerin oder Europäer fühlen lässt, um das Bewusstsein dafür, von diesem Kontinent zu sein, summa summarum: ihm zuzugehören. Das lässt sich weder verordnen noch kaufen. Jene Gebiete Frankreichs, die von „Brüssel“ massiv bezuschusst werden, sind nicht unbedingt auch die europafreundlichsten. Allerdings gilt es, dieses gleichzeitig individuelle und kollektive Gefühl zu wecken, zu nähren und reifen zu lassen.

Wie kann das gehen? Die Zugehörigkeit zu Europa lässt sich auf dreierlei Weise begreifen: Die offensichtlichste, aber häufig aus den Augen verlorene ist die Zugehörigkeit im – sagen wir es ruhig – zivilisatorischen Sinn. Vielleicht haben Sie sie in diesem Sommer gespürt, wenn Sie die Möglichkeit hatten, zu reisen. Auf den Straßen von Rom, Prag, Lissabon oder Athen, auf den großen Plätzen, in den Kathedralen, in der Nähe der Cafés oder der Oper: diese Vertrautheit, die sich jenseits der Stil- und Sprachenvielfalt manifestiert. Diese Spuren eines kollektiven Gedächtnisses, das den nationalen Rahmen übersteigt und sich zu unseren eigenen Erinnerungen fügt. Ohne jegliche Gleichmacherei, Verschmelzung oder Vereinheitlichung. Ohne die nationale und/oder regionale Verbundenheit zu schmälern, die sich auf ihre eigene Weise entfalten. Europäerin oder Europäer zu sein, bedeutet schlicht, sich in diesen Städten nicht gänzlich fremd zu fühlen – jedenfalls weniger als auf anderen Kontinenten. Dazu ist die Einbeziehung der europäischen Dimension in die Schulbildung erforderlich.

Aber Zugehörigkeit ist auch eine Frage der Bürgerschaft: Es geht darum, sich wirklich – und nicht nur bei den Europawahlen – zur Unionsbürgerschaft zu bekennen. Das entscheidet sich mit unserer Fähigkeit, die demokratische Legitimität einer verabschiedeten europäischen Richtlinie anzuerkennen und sie nicht als „Diktat aus Brüssel“ anzusehen, und den Euro als *unsere Währung* und nicht als ein fremdbestimmtes Zahlungsmittel zu betrachten. Im weiteren Sinne heißt das, sich selbst als der Europäischen Union und nicht nur einem ihrer Mitgliedstaaten zugehörig zu bekennen. In der Praxis beruht diese Form der Zugehörigkeit in erster Linie auf unseren Möglichkeiten, sich mithilfe der Medien über europäische Angelegenheiten zu informieren. Haben EU-Kommissare, EP-Abgeordnete – und EWSA-Mitglieder – Platz in unserer politischen Welt oder existieren sie darin nicht?

Die dritte Weise, Europa zuzugehören, besteht schließlich darin, sich der Schicksalsgemeinschaft mit seinen Nachbarn bewusst zu sein, dieselbe Zukunftsvision zu haben, gleiche Ideale zu teilen. Hier erschließt sich der ganze Sinn des Ausdrucks „Europa gestalten“. Wenn wir die europäische Integration trotz aller Widrigkeiten vorantreiben, dann deshalb, weil wir damit große Ziele verfolgen – ursprünglich: Frieden und Einheit zu schaffen, heute: sich gegenüber der übrigen Welt zu behaupten, die Erderwärmung zu bekämpfen und die Demokratie vor dem Autoritarismus zu bewahren. Kurz gesagt: Das Gefühl, Europäerin oder Europäer zu sein, offenbart sich nicht nur dann, wenn man aufmerksam alte Steine betrachtet und dadurch, dass man gleiche Normen respektiert, sondern auch darin, dass man dieselben Werte und geopolitischen Interessen vertritt.

Viel zu oft bleiben diese drei Konzepte von „Zugehörigkeit“ voneinander abgeschottet. Das erste davon konzentriert sich auf die Vergangenheit, das zweite auf die Gegenwart und das dritte auf die Zukunft. Das erste richtet sich an Historiker und Künstler, das zweite an Wirtschaftswissenschaftler und Juristen, das dritte an Philosophen und Strategen. Die Herausforderung, die sich im Hinblick auf eine echte, vollständige Zugehörigkeit stellt, besteht darin, diese drei Konzepte zusammenzuführen und nicht, sie einander entgegenzusetzen. Oder vielmehr darin, ihre Verflechtung wahrzunehmen. „Europa zu gestalten“, wäre uns nicht möglich, wenn es nicht bereits als Zivilisation existierte und nicht in Form der EU auf der Weltbühne in Erscheinung treten könnte. Und genau in der Verbindung und Abstimmung dieser drei Dimensionen liegt die Herausforderung einer umfassenden Zugehörigkeit zu Europa. Dafür ist weit mehr nötig als nur ein turnusmäßig wechselnder Ratsvorsitz.

Sébastien Maillard

Direktor des Instituts Jacques Delors, Paris



Herman van Rompuy: Le vieux poète parle doucement

Nous avons le plaisir de poursuivre la publication de la série de haïkus, sous le titre commun "Le vieux poète parle doucement", que nous a offerts leur auteur, **Herman van Rompuy**, ancien président du Conseil européen.

Chant et chuchotements

Entendre les oreilles ouvertes

Le monde est loin

***

Lire lentement au bord de mer

Les vagues meurent tout près

De longs soupirs

***

Les arbres et la mer

Donnent vie au vent

Souffle et rage



Herman van Rompuy: The old poet speaks gently

We are delighted to host yet another selection of haikus by Herman van Rompuy, former President of the European Council. These haikus were originally written in French.

Singing and whispering

Hearing with open ears

The world is far away

***

Reading slowly by the sea

The waves are dying nearby

Long sighs

***

The trees and the sea

Give life to the wind

Blowing and raging

EWSA



KI-Spitzenforschung: 18 % der weltweit führenden Experten stammen aus Europa, doch nur 10 % sind dort auch tätig.

Jayant Narayan vom Weltwirtschaftsforum nannte diese Zahlen auf der Juli-Plenartagung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses während einer Debatte über Künstliche Intelligenz (KI). Er mahnte, dass Europa in mittel- bis langfristige Maßnahmen für den Aufbau eines KI-Förderumfelds investieren muss, wenn es im Wettbewerb bestehen will.

Auf der Tagesordnung der letzten EWSA-Plenartagung vor der Sommerpause stand eine Debatte über **Künstliche Intelligenz und echte Werte: Unsere digitale Zukunft** mit **Jayant Narayan**, Leiter der Global AI Action Alliance des Weltwirtschaftsforums.

Im Zusammenhang mit den Herausforderungen, vor denen an KI-Lösungen interessierte KMU stehen, betonte **Jayant Narayan**, dass neuere Entwicklungen wie **No-Code-KI**, mit deren Hilfe Unternehmen und Privatpersonen auch ohne umfassende Programmierkenntnisse KI-Anwendungen bauen können, keinen Königsweg bieten. Mittel- und langfristig gelte es auch, den KMU Mittel an die Hand zu geben, damit sie die notwendigen Kapazitäten für innerbetriebliche KI-Nutzung aufbauen könnten. Hier gehe es vor allem um Kompetenzerwerb, der sich in den Bereichen KI und Datenwissenschaft allerdings nicht im Handumdrehen bewerkstelligen lasse. Innovationsförderung und -finanzierung seien dabei entscheidend.

Auf die Frage, warum Europa hinter den USA und China abfällt, antwortete **Jayant Narayan**, dass es dafür verschiedene Ursachen gibt. Eine wesentlich Rolle komme indes der staatlichen Förderung und Finanzierung zu, von den Anfängen des Silicon Valley bis hin zur parteiübergreifenden Zustimmung zum „U.S. Innovation and Competition Act“ (Gesetz für Innovation und Wettbewerb) 2021, über das 250 Mrd. USD für

Investitionen in Technologie und Innovation bereitgestellt werden.

„Mit dieser Art Förderung wird ein Markt geschaffen, der auch einen Großteil Ihrer Spitzenforscher und führenden Datenwissenschaftler anziehen wird. Und es handelt sich hierbei weniger um einen kurzfristigen Ansatz als vielmehr um eine mittel- bis langfristige Perspektive, um ein Ökosystem aufzubauen, bei dem es nicht allein um Wertschöpfung vor Ort, sondern um den Ausbau einer Führungsrolle geht.“ Aus neuen Studien gehe hervor, dass 18 % der weltbesten KI-Spitzenforscher aus Europa stammen, jedoch nur 10 % auch dort tätig sind.

Im Zusammenhang mit dem Spannungsfeld von **KI und Zivilgesellschaft** ging **Jayant Narayan** auch auf die Frage ein, ob die Entwicklung Künstlicher Intelligenz wirklich im Interesse der Allgemeinheit liegt oder nur den Interessen bestimmter Gruppen dient.

Unter Verweis auf Studien, denen zufolge 30-40 % der Einnahmen von Amazon in jüngster Zeit auf Produktempfehlungen durch Künstliche Intelligenz zurückgehen, betonte **Jayant Narayan**, dass KI mittlerweile allgegenwärtig ist und es deshalb entscheidend auf Robustheit, Erklärbarkeit, Vertrauen und Transparenz ankommt. Hinsichtlich **Erklärbarkeit** und **Sicherheit** seien Fortschritte zu verzeichnen, allerdings wiederum unter Rückgriff auf High-Tech-Anwendungen, die nicht jedermann zugänglich seien.

In der Welt der KI gebe es Grundsätze zuhauf, das Problem sei nur, ob sie auch wirklich angewendet und die Interessen der Zivilgesellschaft gewahrt würden. Um ihre Umsetzung zu fördern, müssten seines Erachtens öffentliche Regulierungsmaßnahmen und branchenweite Richtlinien ineinandergreifen. Durch einen Dialog zwischen der Branche und den Regulierungsstellen könnte die Entwicklung vorangebracht und die Unternehmen womöglich dazu bewegt werden, freiwillige Maßnahmen zu ergreifen.



Frans Timmermans trifft führende Vertreterinnen und Vertreter europäischer Jugendorganisationen im EWSA

In der EWSA-Stellungnahme zu einer strukturierten Einbeziehung junger Menschen in den EU-Beschlussfassungsprozess in Klima- und Nachhaltigkeitsfragen wurden **Jugendklima- und -nachhaltigkeitsdebatten** vorgeschlagen, die vom EWSA gemeinsam mit der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und Jugendorganisationen ausgerichtet werden sollten.

Die Kommission begrüßte die Initiative als nützliches Instrument zur Stärkung der beratenden Tätigkeit des EWSA sowie als Gelegenheit für junge Menschen, ihre Meinung zum europäischen Grünen Deal zu äußern. Das erste Treffen mit 11 Jugendvertretern, an dem auch Exekutiv-Vizepräsident **Frans Timmermans** teilnahm, fand am 13. Juli 2021 statt.

„Ihrem Engagement ist es zu verdanken, dass sich die Menschen des dringenden Handlungsbedarfs stärker bewusst sind. Wir alle müssen uns engagieren und können dabei nicht davon ausgehen, dass unser Einsatz

uns selbst zugutekommen wird. Wir müssen vielmehr an die Generationen nach uns denken. Auch wenn Sie vielleicht meinen, dass wir nicht genug tun, kann ich Ihnen versichern, dass ich mein Möglichstes tun werde. Ich hoffe, dass wir uns im Kampf für die gute Sache auf einen gemeinsamen Nenner verständigen können“, betonte Vizepräsident **Timmermans**.

Die Jugendvertreterinnen und -vertreter legten dem Kommissionsvizepräsidenten bei dem Treffen ein von Generation Climate Europe und dem Europäischen Jugendforum erstelltes Positionspapier mit **konkreten Vorschlägen** zum Wirtschaftssystem der EU vor, in dem auch die Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen durch die EU sowie Fortschrittsindikatoren behandelt werden.

EWSA-Vizepräsident **Cillian Lohan** meinte abschließend: „Dies ist eine einmalige Gelegenheit, um systemische Ungleichheiten auszumerzen und die Abkehr von nicht nachhaltigen Praktiken einzuleiten. Aber die jungen Menschen brauchen Unterstützung. Das Ökosystem des Aktivismus muss auf der politischen Bühne der EU gefördert und unterstützt werden und ihm muss Raum gegeben werden. Räume für den Dialog sind nur dann wirklich von Wert, wenn ihnen Taten folgen. Genau dafür müssen wir sorgen!“ (mr)



Wirtschaft, Umwelt und Wohlergehen der Menschen müssen in der Zeit nach COVID-19 Hand in Hand gehen

Wirtschaftlicher Wohlstand, Umweltsorge und Wohlergehen der Menschen können und müssen Hand in Hand gehen. So lautete die wichtigste Botschaft von EWSA-Präsidentin Christa Schweng in der Debatte zum Thema *„Eine Post-Covid-19-Wirtschaft zum Nutzen aller – Hin zu einer Wirtschaft des Wohlergehens?“* auf der EWSA-Plenartagung am 7. Juli 2021.

Frau Schweng führte aus, dass wir in Zukunft eindeutig umfassendere Aspekte überwachen und bewerten müssen, als sie das BIP widerspiegelt: „Was wirklich wichtig ist, sind Aspekte wie unsere Gesundheit, unsere Natur, unsere Bildung, unsere Innovationsfähigkeit und unsere Gemeinschaften“, sagte sie.

Es gehe darum, „das Konzept des Wohlstands mit der Möglichkeit sozialen Fortschritts auf globaler Ebene zu verbinden“ und dabei von den Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 als Grundlage auszugehen. „Die EU braucht nun eine umfassende Strategie, und der EWSA ist bereit, sich an den Überlegungen über die Grundlagen für eine Wirtschaft nach der COVID-19-Krise zu beteiligen. Eine Wirtschaft zum Nutzen aller, die neue Indikatoren für die Wirtschaftsleistung und den sozialen Fortschritt einschließt, die ein umfassendes Bild des Wohlergehens der Menschen vermitteln können.“

Abschließend betonte **Peter Schmidt**, Vorsitzender der Fachgruppe Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umwelt (NAT) und Berichterstatter für die EWSA-Stellungnahme zum Thema *Die nachhaltige Wirtschaft, die wir brauchen*, dass eine Ökonomie des Wohlergehens im Dienst der Menschen stehen müsse und dass die EU die Pandemie als Gelegenheit nutzen müsse, um über unsere Schwächen nachzudenken und Vorschläge zu unterbreiten. (mp)



Solide Finanzierung von #NextGenerationEU ist im Interesse Europas

Eine gut funktionierende Finanzierungsstrategie ist von entscheidender Bedeutung für die Aufnahme von Mitteln auf den internationalen Kapitalmärkten, die der wirtschaftlichen Erholung der Europäischen Union zugutekommen sollen. In seiner von Judith Vorbach erarbeiteten und auf der Juli-Plenartagung verabschiedeten Stellungnahme betont der Ausschuss, dass die reibungslose Umsetzung von NextGenerationEU eine solide und nachhaltige Finanzierung sowie ein solides Risikomanagement und niedrige Kreditkosten erfordert.

In der Aussprache betonte **Frau Vorbach**: „Unabdingbar für die Kreditaufnahme im Rahmen von NextGenerationEU sind demokratische Kontrolle, Legitimität und Transparenz. Eine wirksame Finanzierungsstrategie mit einer stabilen und nachhaltigen Finanzierung, einem soliden Risikomanagement sowie einer hohen Kreditwürdigkeit und geringen Kreditkosten liegt im Interesse der Öffentlichkeit und insbesondere im Interesse der Zivilgesellschaft, die letztlich die Marktrisiken trägt.“

Der EWSA begrüßt die Entscheidung der Europäischen Kommission, ihre Kompetenzen und Humanressourcen zu stärken, um die Finanzierung von NextGenerationEU zu bewältigen. Angesichts des starken öffentlichen Interesses an einer soliden Finanzierung ist es wichtig, dass die Verwaltung der Strategie direkt durch die Kommission erfolgt und nicht ausgelagert wird. Der EWSA fordert ein ausgewogenes Verhältnis von Frauen und Männern bei der Besetzung der diesbezüglichen Stellen.

Der Ausschuss fordert zudem die Einsetzung eines Beirats, in dem die Kommission, das Europäische Parlament, der Rat, die Sozialpartner und die organisierte Zivilgesellschaft vertreten sind. (mp)



Beseitigung der Kinderarmut in Europa erfordert gesamtgesellschaftlichen Ansatz

Mit ihren jüngsten Initiativen zu Kinderrechten appelliert die Kommission an die Politik auf europäischer und nationaler Ebene, sich für das Wohl aller Kinder in der EU einzusetzen. Die beiden vom EWSA begrüßten Initiativen zielen darauf ab, mit einem ehrgeizigen und mutigen Ansatz allen Kindern ein diskriminierungsfreies Leben zu garantieren.

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) unterstützt die EU-Kinderrechtsstrategie und den Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Einführung einer verbindlichen Europäischen Garantie für Kinder. Der EWSA ist der Ansicht, dass die Umsetzung dieser Initiativen die auf europäischer und nationaler Ebene unternommenen Anstrengungen zur Förderung des Wohlergehens von Kindern und zur Reduzierung der Kinderarmut untermauern wird.

In seiner auf der Juli-Plenartagung verabschieden Stellungnahme zur **Europäischen Garantie für Kinder** betont der EWSA, dass der Kampf gegen Armut, Diskriminierung, Deprivation und soziale Ausgrenzung von Kindern einen koordinierten europäischen und gesamtgesellschaftlichen Ansatz erfordert. Zu gewährleisten ist dabei, dass die Kinderrechte bei der Politikgestaltung durchgängig berücksichtigt werden und dass die politischen Maßnahmen befähigende und dauerhafte positive Auswirkungen auf die Gesundheit und das Wohlergehen von Kindern haben.

„Ein Viertel der Kinder in der EU ist von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Diese Zahl ist inakzeptabel. Wir brauchen starke politische Maßnahmen und rechtliche Rahmenbedingungen, um diesen oftmals generationenübergreifenden Kreislauf der Benachteiligung zu durchbrechen und den Trend umzukehren. Es gilt, ein ehrgeiziges Ziel festzulegen: Bis 2030 müssen alle Kinder der Armut entkommen, nicht nur – wie derzeit im Rahmen der europäischen Säule sozialer Rechte anvisiert – fünf Millionen“, so die Berichterstatterin für die Stellungnahme, Kinga Joó.

„Kinder aus allen gesellschaftlichen Schichten brauchen unsere Aufmerksamkeit. Die Stärkung ihrer Rechte muss auf der Tagesordnung der EU ganz oben stehen. Dazu brauchen wir eine inklusive, bereichsübergreifende und intersektionale Strategie, eine wirklich faire Politik, um Chancengleichheit und Inklusion aller Kinder unabhängig von ihren Lebensumständen zu gewährleisten“, ergänzte die Mitberichterstatterin, Maria del Carmen Barrera Chamorro.

Laut Eurostat-Daten aus dem Jahr 2019 sind in der EU 18 Millionen Kinder (22,2 %) von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Auch die digitale Armut und die Energiearmut haben negative Auswirkungen auf das Wohl der Kinder und sollten nach Auffassung des EWSA im Rahmen der Kindergarantie ebenfalls angegangen werden. Durchschnittlich leben in Europa 5,4 % der Kinder im schulpflichtigen Alter in Haushalten ohne Computer bzw. Internetanschluss. Rund 25 % der Menschen in Europa leben in von Energiearmut betroffenen Haushalten, was sich ebenfalls auf die Lebensqualität und die Gesundheit von Kindern auswirkt.

Der EWSA empfiehlt, dass alle Mitgliedstaaten mindestens 5 % der Finanzmittel im Rahmen des ESF+ dazu verwenden, Kinder aus der Armut zu holen. Gemäß der neuen Verordnung gilt dies nur für jene Mitgliedstaaten, in denen die Kinderarmut über dem EU-Durchschnitt von 23,4 % liegt. Bislang stellen nur 11 Länder diesen Anteil für die Bekämpfung der Kinderarmut bereit.(ll)



Roaming: EWSA fordert EU-weit einheitliche Gebühren

Mobilfunknutzung zum Lokaltarif überall in der EU – so lautet die Forderung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) in seiner unlängst verabschiedeten Stellungnahme zur vorgeschlagenen Überarbeitung der europäischen Roaming-Vorschriften.

Eine **einheitliche Tarifzone**, in der Anrufe und Datenverbindungen von Verbrauchern, die in Europa einen Telefonvertrag abgeschlossen haben, zum Lokaltarif sowie mit den gleichen Datenübertragungsraten und Zugängen zu Infrastrukturen, unabhängig vom Anruf- und Empfangsland, möglich sind – dieses Ziel sollte die EU nach Ansicht des EWSA mit der Regulierung der Roaming-Dienste verfolgen.

Der EWSA begrüßt zwar die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Neufassung der Roaming-Verordnung und ihre Ziele als einen Schritt in die richtige Richtung, würde sich aber eine ehrgeizigere Zielsetzung wünschen.

„Die Idee hinter dem Kommissionsvorschlag ist, dass die Roaming-Dienste zu Inlandsbedingungen ohne Zugangsbeschränkungen angeboten werden sollten. Das ist ein guter Vorschlag“, sagte **Christophe Lefèvre**, Berichterstatter für die auf der Juli-Plenartagung verabschiedete EWSA-Stellungnahme. „Wir sollten jedoch über diese Bedingungen hinaus sicherstellen, dass die Menschen in Europa für ihre Mobilkommunikation im Ausland nicht mehr bezahlen als zu Hause.“

Nach Auffassung des EWSA reicht es ferner nicht aus festzuschreiben, dass inländische Betreiber nicht absichtlich minderwertige Roamingdienste bereitstellen sollten, wenn im Netz eines anderen Mitgliedsstaats eine vergleichbare Qualität bzw. Geschwindigkeit verfügbar sind. Wenn also ein Verbraucher im Inland Zugang zum 4G-Netz hat, sollte er im Ausland nicht auf ein 3G-Netz ausweichen müssen, wenn 4G verfügbar ist.

Das Problem ist zum Teil auf eine unzulängliche lokale Infrastruktur zurückzuführen, weshalb die EU auch bereit sein sollte, **in die Infrastruktur zu investieren**, um die bestehenden Lücken zu schließen. Außerdem sollte sie die so genannten **weißen Flecken** beseitigen, d. h. Regionen mit unzureichender Breitbandabdeckung, von denen viele bekanntermaßen im ländlichen Raum zu finden und für potenzielle Bewohner und Unternehmen unattraktiv sind.

Darüber hinaus fordert der EWSA nachdrücklich eine **Mehrfachwarnung** der Verbraucher, um sie vor Rechnungsschocks zu schützen. Vor dem Überschreiten des im Vertrag enthaltenden Datenlimits sollte der Netzbetreiber den Verbraucher jedes Mal erneut warnen, wenn das für die vorhergehende Verbrauchswarnung festgelegte Datenvolumen erneut verbraucht wurde, insbesondere wenn dies innerhalb desselben Anrufs oder innerhalb derselben Sitzung geschieht.

Als ausschlaggebend bezeichnet der EWSA schließlich das Konzept der **angemessenen Nutzung**. Er bedauert, dass die angemessene Nutzung in der Verordnung nicht genau definiert wird, wo sie doch im Zusammenhang mit dem Roaming in allen Mobilfunkverträgen erwähnt wird. Während der COVID-Pandemie haben die Online-Aktivitäten extrem zugenommen und der angemessenen Nutzung eine ganz neue Bedeutung verliehen. Der EWSA verweist darauf, was dies für Erasmus-Studierende bedeutet, die über

Teams, Zoom oder eine andere Plattform an Kursen an einer Hochschule im Ausland teilnehmen. Aufgrund des enormen Datenverbrauchs erreichen diese Studierenden schnell ihr monatliches Limit. Eine angemessene Nutzung würde in solchen Fällen bedeuten, dass Menschen, die sich im Ausland befinden, über dasselbe Limit verfügen wie im Inland. (dm)



Der EWSA unterstützt eine offene, nachhaltige und entschlossene EU-Handelspolitik

Mit der neuen handelspolitischen Strategie der Kommission werden Grundsätze für ein Engagement vorgelegt, um die EU bei der Verwirklichung ihrer innen- und außenpolitischen Ziele zu unterstützen. Die Modernisierung der Welthandelsorganisation (WTO) ist eine weitere entscheidende Aufgabe, um Ergebnisse für die künftigen Generationen zu erzielen.

„*Wir brauchen ein klares Konzept, und wir müssen offen und entschlossen auftreten und die Einbeziehung der Interessenträger in die Handelspolitik stärken, weil sich die Sichtweise auf den internationalen Handel ändert*“, so **Timo Vuori**, Berichterstatter des EWSA für die Stellungnahme zur Überprüfung der Handelspolitik.

Europa darf nicht länger blauäugig agieren und muss seine Werte und die Handelsverpflichtungen unilateral entschlossener geltend machen. In den Fällen, in denen die WTO nicht tätig oder den Interessen der EU nicht in vollem Umfang gerecht werden kann, sollte sich die EU auf eine breite Palette von Freihandelsabkommen mit führenden und aufstrebenden Volkswirtschaften stützen können, die den europäischen Grundsätzen und den internationalen Standards gerecht werden.

Nach den Worten von Mitberichterstatter **Christophe Quarez** „*muss die gesamte Arbeit im Zusammenhang mit dem Multilateralismus und der Reform der WTO gesehen werden*“.

Auch für den EWSA hat die Modernisierung der WTO oberste Priorität. Die EU muss daher ehrgeizige Reformen der WTO vorantreiben und dabei Tabus bei sozialen und klimaspezifischen Aspekten des Handels beseitigen.

Handelspolitik im Dienst der Menschen

Der EWSA begrüßt, dass die Handelsagenda einige Anliegen der Interessenträger berücksichtigt. Wie die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Handelspolitik verbessert werden kann, wird jedoch nicht angemessen beantwortet.

Der Ausschuss unterstreicht, dass eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft auf einzelstaatlicher und auf EU-Ebene notwendig ist, um sicherzustellen, dass die Handelspolitik einen Mehrwert für unseren Lebensalltag schafft.

Die Zivilgesellschaft ist zu einem aktiven Partner in der Handelspolitik – von der Gestaltung bis zur Überwachung von Handelsinstrumenten – geworden.

Der EWSA setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass die EU eine aktive Rolle bei der Gestaltung weltweiter Regeln für einen nachhaltigeren und faireren Handel ergreift, der nicht nur den Geschäftspartnern, sondern auch den Ländern und der Bevölkerung mehr Wohlstand und Sicherheit bringt. (at)



Positives Fazit des EWSA zum ersten Treffen mit Argentiniens Wirtschafts- und Sozialrat

Das von der Fachgruppe REX organisierte erste Treffen zwischen dem EWSA und dem argentinischen Wirtschafts- und Sozialrat (WSR) wurde von Präsidentin Christa Schweng und Präsident Gustavo Beliz geleitet.

In seiner Eröffnungsrede fasste der Präsident des argentinischen WSR, **Gustavo Beliz**, die ersten 100 Tage der Amtszeit des neuen Gremiums zusammen und erklärte:

„In unserem WSR kommen Menschen mit verschiedensten Sichtweisen, Überzeugungen, Lebenserfahrungen und sozialen Hintergründen zusammen – in dieser Vielfalt liegt sein Reichtum. Diese ersten 100 Tage waren von großem gegenseitigem Respekt und hoher Arbeitsmotivation geprägt, und denselben Weg möchten wir gemeinsam mit Ihnen beschreiten. Deshalb freuen wir uns sehr, heute hier sein zu können.“

EWSA-Präsidentin **Christa Schweng** beglückwünschte Argentinien zu dem Entschluss, ein Gremium einzurichten, in dem zivilgesellschaftliche Organisationen ihre Standpunkte und politischen Vorschläge formulieren können: *„Wir freuen uns sehr, dass Argentinien einen Wirtschafts- und Sozialrat eingerichtet hat, der sich mit zentralen Themen wie soziale Eingliederung, Umwelt und Klimawandel, Arbeit, innovative Demokratie und Ernährungssicherheit befassen wird. Argentinien ist ein Land, mit dem wir viele Werte und Interessen teilen, u. a. die Bedeutung der zivilgesellschaftlichen Teilhabe.“*

Von beiden Institutionen nahmen über 90 Mitglieder aus unterschiedlichen Bereichen am Treffen teil und diskutierten eingehend über ein breites Spektrum von Themen und Strategien. Im Mittelpunkt der Debatte standen die Prioritäten für die Erholung nach der COVID-19-Krise, der Grüne Deal der EU, Bildung und Arbeitsplätze der Zukunft sowie die Auswirkungen neuer Technologien auf den Arbeitsmarkt.

Beide Seiten unterstrichen die Bedeutung der Wirtschafts- und Sozialräte für die Konsensbildung und die Entwicklung von fest in der partizipativen Demokratie verankerten Lösungen zur Bewältigung gesellschaftlicher Probleme. (at)



Die externe Dimension der Migration muss in der EU-Außenpolitik verankert werden

Der Aufbau von Fachkräftepartnerschaften mit Herkunfts- und Transitländern ist für die Migrationssteuerung von entscheidender Bedeutung. Europa muss den Schwerpunkt der externen Dimension seiner Migrationspolitik verlagern. Dabei sollte diese Politik in eine umfassendere geopolitische und geoökonomische Agenda integriert werden und einen angemessenen Platz neben anderen Politikbereichen erhalten.

„Die aktuelle Diskussion dreht sich darum, welche Auswirkungen die Geopolitik auf die Migration hat. Die nächste große Migrationswelle nach Europa wird aus Afrika kommen“, betonte der Vorsitzende der Fachgruppe REX, **Dimitris Dimitriadis**, in der Sitzung im Juli 2021.

Im Januar 2020 sind schätzungsweise 23 der 447 Millionen Menschen, die in der EU leben, Drittstaatsangehörige; das entspricht 5 % der europäischen Bevölkerung.

Auch wenn im neuen Migrations- und Asylpaket nach wie vor Fachkräftepartnerschaften zwischen den Herkunfts-, Transit- und Zielländern befürwortet werden, scheint deren wirksame Umsetzung problematisch zu sein.

Jean-Louis De Brouwer, Direktor des Bereichs Europäische Angelegenheiten im Egmont-Institut, vertrat die Ansicht, dass es in Bezug auf das neue Paket wohl an Vertrauen und Solidarität fehlt.

Estrella Galán wies im Namen der Spanischen Kommission für Flüchtlingshilfe darauf hin, dass die Aufgaben im Bereich Migration und Asyl vor allem von den Einreisestaaten bewältigt werden müssen und unter dem Blickwinkel der gemeinsamen Verantwortung und der Solidarität verhältnismäßiger aufgeteilt werden sollten.

Entwicklungspolitik in Afrika kann der illegalen Migration ein Ende setzen

Ein positiver Beitrag zur Entwicklung im vom Klimawandel bedrohten Afrika könnte die soziale, politische und wirtschaftliche Stabilität fördern.

Pierrette Herzberger-Fofana, MdEP und erste stellvertretende Vorsitzende des Entwicklungsausschusses des Europäischen Parlaments, drückte es so aus: *„Entwicklungspolitik und Migration sind untrennbar miteinander verbunden.*“

Darüber hinaus unterstrich **Dr. Chiyoge B. Sifa** von der Internationalen Genossenschaftsallianz (ICA) Afrika, dass die Partnerschaft zwischen der ICA und der EU eine bedeutende Rolle dabei spielt, junge Menschen vom Versuch abzuhalten, Europa über das Mittelmeer zu erreichen. (at)



Arbeitgeber und Gewerkschaften im Verbund mit NGOs: Die Klimawende kann nicht länger warten

Die neue EU-Strategie für die Anpassung an den Klimawandel ist ein entscheidender Schritt hin zu Klimaneutralität und -resilienz bis 2050. Die europäische Zivilgesellschaft unterstützt nachdrücklich das Engagement der Kommission, die Maßnahmen zur Sicherung der Klimaverträglichkeit, Stärkung der Resilienz, Vorbeugung und Vorsorge auszuweiten.

Der EWSA verabschiedete seine Stellungnahme zu der neuen Strategie auf seiner Juli-Plenartagung. Er betont darin, dass auf Gerechtigkeit ausgerichtete Anpassungsmaßnahmen entscheidend sind für den Schutz des Lebens und der Existenzgrundlagen der europäischen Bürgerinnen und Bürger, zumal der schwächeren Gruppen, damit niemand zurückgelassen wird.

Der EWSA erachtet deshalb insbesondere eine gleichberechtigte Finanzierung von Eindämmungs- und Anpassungsmaßnahmen wie auch spezifische Leitlinien, Zielvorgaben und Überwachungsinstrumente, Benchmarks sowie Indikatoren für die Anpassung als erforderlich. Derartige Instrumente ermöglichen Transparenz sowie die Bewertung von Anpassungsfortschritten, wobei auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene die Kapazitäten zu ihrer Nutzung aufgebaut werden müssen.

Der EWSA erachtet die Bioökonomie und die Umstellung auf eine Kreislaufwirtschaft als wichtige Klimaanpassungskonzepte für den Wiederaufbau der EU.

„Die EU muss verstärkt ein nachhaltigkeitsorientiertes Umfeld für Innovation, Investitionen und Handel fördern. Die Klimafolgenanpassung und die damit verbundenen Kosten sollten daher umfassend in der Industriepolitik der EU berücksichtigt werden“, unterstrich **Dimitris Dimitriadis**, der Berichterstatter des EWSA für diese Stellungnahme.

Die Kommission sollte die Messlatte hoch hängen und u. a. auch bei der EU-Taxonomie wissenschaftlich fundierten sowie technologieneutralen Grundsätzen folgen, damit die EU letztendlich im Bereich nachhaltige Finanzierung international Maßstäbe setzt. (mr)



Multimodaler Güterverkehr: Packen wir‘s an!

Güter können einfacher im kombinierten Schiffs- und Landverkehr in Europa befördert werden, wenn erst einmal die Intermodalitätsprobleme gelöst sind. In der von Stefan Back erarbeiteten und auf der Juli-Plenartagung verabschiedeten Stellungnahme stellt der EWSA fest, dass mangelnde Interoperabilität und schlechte Infrastruktur erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung des integrierten Güterverkehrs haben und den Betreibern oft keine andere Wahl als die Beförderung

auf der Straße lassen. Dies wiederum hat negative Folgewirkungen für die Umwelt.

Die Verabschiedung der Stellungnahme kommentierte **Stefan Back** mit den Worten, die EU brauche einen aus regulatorischer Sicht pragmatischen, ressourceneffizienten Ansatz: „Wir müssen die noch offenen Fragen direkt angehen und rasch eine Lösung dafür finden. Ein multimodaler Verkehr und eine multimodale Logistik müssen effizient und nachhaltig sein, dürfen aber nicht teurer, langsamer und weniger zuverlässig sein als insbesondere der unimodale Straßenverkehr. Eine langfristig tragfähige Lösung lässt sich nicht einfach durch einen neuen, speziellen Rechtsrahmen oder die Zufuhr neuer Finanzmittel erreichen."

Der multimodale Gütertransport ist bisher wenig effizient und nachhaltig. Die Kombination verschiedener Verkehrsträger wie Schiffs- und Landverkehr verursacht heutzutage erhebliche Umschlag- und Transaktionskosten. Hinzu kommen Nachteile wie lange Lieferzeiten, Komplexität, höheres Risiko und geringere Zuverlässigkeit. All dies macht den multimodalen Verkehr derzeit nicht sehr attraktiv. Um voll zum Verkehrssystem beizutragen, muss der multimodale Verkehr erst einmal wettbewerbsfähig werden und effiziente und nahtlose Verkehrsströme zu denselben Kosten wie der unimodale Verkehr ermöglichen. (mp)



EWSA befürwortet rasche Nutzung der Synergien zwischen der zivilen, der Verteidigungs- und der Raumfahrtindustrie in der EU

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) begrüßt den Aktionsplan für Synergien zwischen der zivilen, der Verteidigungs- und der Weltraumindustrie. Der Aktionsplan kann die strategische Autonomie und die technologische Souveränität Europas stärken und die Sicherheit seiner Bürger verbessern. Auch Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung würden von ihm profitieren. Der EWSA dringt daher auf eine rasche, energische und ehrgeizige Umsetzung der elf Maßnahmen des Plans.

Der EWSA verabschiedete eine Stellungnahme zu dem **Aktionsplan für Synergien zwischen der zivilen, der Verteidigungs- und der Weltraumindustrie**, in der er seine Sicht des Aktionsplans der Europäischen Kommission darlegt. Der Plan soll Synergien der EU-Förderinstrumente sowie wechselseitige Impulse zwischen der zivilen, der Verteidigungs- und der Weltraumindustrie fördern.

Eine der wichtigsten Innovationen in der Automobilindustrie, die sich auf Dauer durchgesetzt hat, stammt ursprünglich aus der europäischen Wehrtechnik. Nachdem Nils Ivar Bohlin, ein schwedischer Maschinenbauingenieur, für ein europäisches Luftfahrtunternehmen an Schleudersitzen in Kampfjets gearbeitet hatte, entwarf er einen neuen Sicherheitsgurt für einen europäischen Automobilhersteller. Der nach dem Vorbild des Piloten-Gurtzeugs entwickelte Dreipunkt-Sicherheitsgurt wurde zum globalen Standard in der Automobilindustrie und hat seit seiner Einführung mehr als eine Million Menschenleben gerettet.

Der EWSA ist der Auffassung, dass der Aktionsplan ein Pfeiler der EU-Industriestrategie sein sollte. Das genannte Beispiel illustriert, wie der Plan für wechselseitige Impulse zwischen ziviler, militärischer und Weltraumindustrie und für einen Schwerpunkt auf der entscheidenden Verbindung zwischen Raumfahrt, Verteidigung und Sicherheit sorgen könnte.

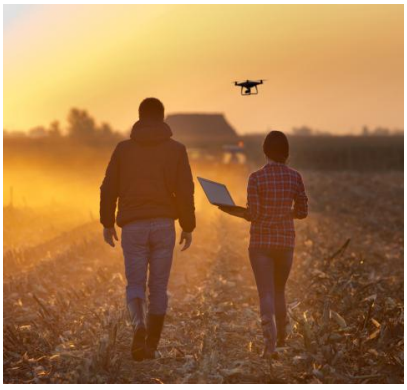
„Unter anderem sollte die Nutzung neuer digitaler und anderer aufkommender Technologien im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich besondere Priorität haben“, so der Berichterstatter für die Stellungnahme, **Manuel Garcia Salgado**. „Um ihnen den Weg zu bahnen, sollte man bei einschlägigen zivilen Initiativen von Anfang an auch Verteidigungs- und Sicherheitsanforderungen mit im Auge behalten. Dadurch ließen sich auch die Anwendbarkeit und die Effizienz der Finanzierungsinstrumente für die Bereiche Verteidigung und Sicherheit verbessern.“

Vielfalt ist auch in der Verteidigungs- und Raumfahrtindustrie ein entscheidender Innovationsfaktor. Der EWSA fordert daher eine stärkere Einbeziehung von Frauen und jungen Menschen im Zuge der Einstellungs-, Personalbindungs- und Beförderungspolitik.

„Europa ist heute ein globaler Technologieführer, dessen Position jedoch zunehmend durch die massiven Investitionen der USA und Chinas in neue digitale und andere aussichtsreiche Technologien – wie KI, Internet der Dinge, Blockchain usw. – herausgefordert wird“, erklärt Ko-Berichterstatter **Jan Pie**. „Dies stellt die Wettbewerbsfähigkeit Europas, aber auch seine Autonomie in strategisch wichtigen Branchen wie Sicherheit oder Verteidigung in Frage.“

„An diesem Thema zeigt sich exemplarisch, wie eine gesunde, nicht aggressive technologische Souveränität angestrebt werden kann“, ergänzt **Pietro de Lotto**, Vorsitzender der Beratenden Kommission für den industriellen Wandel des EWSA. (ks)

AKTUELLES AUS DEN GRUPPEN



Gruppe Arbeitgeber im EWSA fordert ein Digitalisierungsgesetz für den ländlichen Raum

Von der Gruppe Arbeitgeber

In ihrer außerordentlichen Sitzung im Juli forderte die Gruppe Arbeitgeber den EU-Kommissar für Landwirtschaft, Janusz Wojciechowski, auf, einen Vorschlag für ein Gesetz über die Digitalisierung des ländlichen Raums vorzulegen.

Ein Digitalisierungsgesetz würde helfen, die Landwirtschaft und den ländlichen Raum besser mit Digitaltechnik auszustatten. Dies würde die Wirksamkeit der Gemeinsamen Agrarpolitik erhöhen und käme auch dem europäischen Grünen Deal und der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ zugute.

„Die COVID-19-Krise hat gezeigt, dass die digitale Kluft zwischen Stadt und Land überwunden werden muss, wenn eine nachhaltige Entwicklung überall in Europa mithilfe digitaler Lösungen gefördert werden soll. Der Ausbau von Glasfaser und 5G ist auf dem Land genauso wichtig wie in den Städten“, unterstrich der stellvertretende Vorsitzende der Gruppe Arbeitgeber, **Arnold Puech d'Alissac**. „Doch die GAP kann nicht alles finanzieren, was der ländliche Raum braucht, einschließlich des Digitalisierungsbedarfs. Da müssen andere Geldtöpfe hinzukommen, sonst wird die GAP aufgezehrt“, fügte er hinzu. „Auch die nationalen Aufbau- und Resilienzpläne können zur Verringerung der digitalen Kluft herangezogen werden“, bekräftigte er. Dazu sei aber ein besser strukturierter Plan nötig.

Agrarkommissar Wojciechowski hob hervor, dass die Digitalisierung ganz oben auf der Tagesordnung der Kommission stehe. Das zeige sich in den übergreifenden Zielen für das digitale Zeitalter und in dem jüngsten Vorschlag für einen Kompass für die digitale Dekade.

„Die Digitalisierung in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum ist ein wichtiges Instrument, nicht nur zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Branche und der Landbevölkerung, sondern auch als Beitrag zu mehreren Politikzielen im Zusammenhang mit einer nachhaltigen Entwicklung. Dazu gehört natürlich die ökologische und die soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit“, führte er aus. Digitale Technologien könnten die Landwirtschaft modernisieren und die bäuerliche Arbeit präziser, effizienter und nachhaltiger machen, zum Beispiel beim Einsatz von Nährstoffen und durch gezielte Tierwohlmaßnahmen.

Dem ländlichen Europa kommt eine grundlegende Rolle bei der Sicherung des sozialen Zusammenhalts und der Nachhaltigkeit in der Zeit nach der Pandemie zu, sowohl in den von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Strategien (Klimawandel, Grüner Deal, Vom Hof auf den Tisch, Biodiversität) als auch bei den Zielen der Vereinten Nationalen für eine nachhaltige Entwicklung. Der Agrar- und Lebensmittelsektor ist eine treibende Kraft der europäischen Wirtschaft. Die Agrar- und Lebensmittelwirtschaft der EU umfasst 294 000 Betriebe, die einen Umsatz von 1 192 Mrd. Euro erzielen und 4,72 Mio. Menschen beschäftigen, was sie zum größten verarbeitenden Gewerbe in der EU macht. Zudem erwirtschaftet die Agrar- und Lebensmittelbranche einen Außenhandelsüberschuss im Wert von 36 Mrd. Euro.

„Wir im EWSA sehen das große Innovationspotenzial, vorausgesetzt, es werden genügend Mittel für Investitionen in Infrastrukturen und Digitalisierung bereitgestellt. Die europäischen Landwirte wollen den Wandel ja mitmachen. Ohne geeignete Anreize, ohne gleiche Wettbewerbsbedingungen für importierte Erzeugnisse und ohne Unterstützung ihrer Krisenfestigkeit werden sie das aber nicht schaffen“, betonte **Stefano Mallia**, Vorsitzender der Gruppe Arbeitgeber.

Allgemein ist die Digitalisierung ein wichtiger Faktor dafür, die nachwachsende Generation einschließlich Junglandwirte und andere Unternehmer auf dem Land zu halten. „Die Schritte, die in den kommenden Jahren nötig sind, müssen wir gemeinsam unternehmen. Auf diesem Weg wird es auf Ihre Führungsrolle als Arbeitgeber und Unternehmer ankommen. Ich freue mich auf eine enge Zusammenarbeit mit Ihnen, und ich bin sicher, dass wir unser gemeinsames Ziel – ein prosperierendes, nachhaltiges Europa – erreichen können“, schloss der EU-Kommissar.

Zur vollständigen Sitzung mit **Kommissionsmitglied Wojciechowski** bitte hier klicken: https://www.youtube.com/watch?v=nAPQvk8wGXE (dv/kr)



Konferenz zur Zukunft Europas: Hoffnungen und Risiken für eine ungewisse Zukunft

von der Gruppe Arbeitnehmer

Die Konferenz zur Zukunft Europas ist eine durch und durch besondere Gelegenheit, ein entscheidender Moment bei der dringend benötigten Schaffung eines echten europäischen öffentlichen Raums. Auf Tuchfühlung mit den Bürgerinnen und Bürgern gehen, mit der Zivilgesellschaft zusammenkommen, den Gewerkschaften und Unternehmensverbänden – das ist die unabdingbare Voraussetzung für ihren Erfolg. Die anstehenden Themen, von der europäischen Demokratie bis hin zur sozialen Gerechtigkeit, von Arbeitsplätzen bis hin zur Umwelt, von Migration bis Klimawandel, sind zentrale Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft für unseren Kontinent und unsere Länder.

Eine solchermaßen ehrgeizige Agenda weckt berechtigterweise Erwartungen. Hoffnung ist jedoch ein zweischneidiges Schwert, und wenn diese großen Themen nicht zu echten Debatten und praktischen Vorschlägen führen, wenn die Bürgerinnen und Bürger jenseits der Brüsseler Blase nicht einbezogen werden und mit den Menschen und Arbeitnehmern in ganz Europa nicht zusammengearbeitet wird, kann Hoffnung schnell zu Enttäuschung werden. Dadurch besteht die Gefahr, dass die allgemeine Verdrossenheit, die sich im Aufstieg von Extremismus und Populismus äußert, noch zunimmt. Politische Debatten sind recht langwierig, gerade wenn die Bürgerinnen und Bürger sehr komplexe Fragen erörtern. Auch wenn dies eine Chance ist, sollten wir uns angesichts der kurzen Dauer der Konferenz insgesamt und der wenigen Informationen, die bisher über den Inhalt vorliegen und die sich auf einige Grundzüge der konstituierenden Plenarversammlung beschränken, der Gefahr bewusst sein, dass die Konferenz lediglich mit einer Reihe allgemein gehaltener Ideen und Erklärungen enden könnte.

Ein grundlegender Bestandteil der Konferenz sind die Bürgerforen, für die Bürgerinnen und Bürger in den Mitgliedstaaten als repräsentatives Abbild unserer Gesellschaft zufällig ausgewählt werden. Obwohl das erste Bürgerforum bereits in diesem Monat stattfindet, liegen noch keine Informationen darüber vor, was genau erörtert werden soll, da die Ergebnisse des von einem externen Auftragnehmer auf der Grundlage von Online-Beiträgen erstellten ersten Zwischenberichts noch nicht veröffentlicht wurden. Hierdurch bietet sich durchaus die Möglichkeit, externe Ideen in die politische Diskussion einzubringen, aber es besteht auch die Gefahr, dass zu viele unterschiedliche Themen erörtert oder wichtige Themen übersehen werden, je nachdem, wie die Online-Beteiligung in den Vormonaten und die Kriterien des externen Auftragnehmers aussehen. Da die Konferenz schon im März enden soll und nur drei Sitzungen pro Bürgerforum angesetzt sind, ist durchaus zu befürchten, dass sie im Sande verlaufen wird. Ein weiteres großes Problem insbesondere in Bezug auf die repräsentative Seite des politischen Prozesses betrifft die Arbeitsgruppen der Konferenz zur Zukunft Europas und die Plenarsitzungen, an denen sich EWSA-Mitglieder beteiligen werden. Obwohl sie ihre Arbeit bald aufnehmen sollen, gibt es – abgesehen von den Titeln der Arbeitsgruppen – noch immer keine weiteren Informationen.

Um ihr Potenzial voll auszuschöpfen und über die Brüsseler Blase hinaus Wirkung zu entfalten, muss die Konferenz konkrete Standpunkte und Vorschläge erarbeiten, den Diskussionsprozess in Gang setzen und die Zusammenarbeit der repräsentativen und partizipativen Akteure der Demokratie ermöglichen. Als Gewerkschafter werden wir unser Bestes tun, um dies zu erreichen und dafür zu sorgen, dass Bürgerinnen und Bürger, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an erster Stelle stehen. Hierfür muss der Informationsfluss jedoch transparenter werden, und vielleicht brauchen wir sogar mehr Zeit. (ppr)



Bank- und Finanzwesen als Schlüssel zum nachhaltigen Wiederaufbau und zur nachhaltigen Erholung nach COVID-19

von der Gruppe Vielfalt Europa

Kommissionsmitglied Mairead McGuinness nahm an der letzten außerordentlichen Sitzung der Gruppe Vielfalt Europa teil, in der die Rolle des Bank- und Finanzwesens in der Erholung Europas erörtert wurde.

In seiner Begrüßungsansprache empfahl **Séamus Boland, Vorsitzender der Gruppe Vielfalt Europa**, einen Blick auf die Rolle der traditionellen und der alternativen Bankensysteme für die finanzielle Erholung zu werfen: Was können diese Systeme insbesondere für kleine, sozial eingestellte Unternehmen, die Sozialwirtschaft und die KMU leisten? Der Gruppenvorsitzende sprach sich für ein Finanz- und Bankensystem aus, das den **Entscheidungen und Präferenzen der Bürger stärker Rechnung** trägt.

Das für Finanzdienstleistungen, Finanzstabilität und die Kapitalmarktunion zuständige Kommissionsmitglied wies darauf hin, dass das **Finanzsystem bei der Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft eine gewichtige Rolle** spielt. Die Pandemie und die Folgen des Klimawandels hätten das Bewusstsein dafür geschärft, dass **stärker in Nachhaltigkeit investiert** werden muss, damit Volkswirtschaften, Unternehmen und die Gesellschaft künftige Erschütterungen besser überstehen.

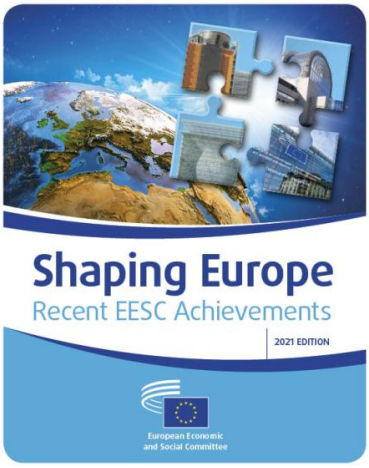
Die Kommissarin erklärte, die Pandemie habe zu einer enormen Beschleunigung der **Digitalisierung** geführt, die gerade auch im Finanzsystem angekommen sei: „Finanzstabilität ist ganz entscheidend. Wir verfolgen diese Innovationen sorgfältig und sehen sie positiv. Allerdings müssen wir immer auch die Risiken im Blick haben, die solche Innovationen bergen können, und dafür sorgen, dass wir die Bürgerinnen und Bürger davor schützen.“

Eine Reihe von Mitgliedern ergriff während der Aussprache mit dem Kommissionsmitglied das Wort. **Ioannis Vardakastanis**, stellvertretender Vorsitzender der Gruppe, warnte: „Es wird in Europa keine wirtschaftliche oder soziale Erholung geben, wenn die Finanz- und Bankakteure nicht im gesamtwirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Interesse zusammenarbeiten.“

Zur Digitalisierung im Finanzwesen erklärte der Sprecher der Interessengruppe Sozialwirtschaft des EWSA, **Giuseppe Guerini**, dass es wichtig sei, einen Ausgleich zwischen der notwendigen Regulierung und der ebenfalls notwendigen Innovationsförderung zu finden.

In ihrer Antwort auf die zahlreichen Fragen der Mitglieder versicherte **Kommissionsmitglied McGuinness** unter anderem, dass die Kommission hart daran arbeite, eine Finanzkrise infolge der Pandemie zu verhindern. Man wolle die Anhäufung notleidender Kredite in den Bilanzen der Banken verhindern. Bei der Finanzierung der Erholung seien die unterschiedlichen Ausgangslagen zu berücksichtigen, da sich COVID-19 unterschiedlich ausgewirkt habe. (jk)

SOON IN THE EESC/CULTURAL EVENTS



Neue Veröffentlichung: „Europa gestalten: Die jüngsten Erfolge des EWSA“ (Ausgabe 2021)

Seit Beginn der Pandemie wirkt der EWSA aktiv an der Gestaltung der Maßnahmen zur Ad-hoc-Reaktion auf COVID-19 und zur Bewältigung der Krise mit. Parallel dazu verfolgt er einen langfristigen, zukunftsorientierten Ansatz mit dem Ziel, die Volkswirtschaften und Gesellschaften für die Zeit nach COVID-19 vorzubereiten. In dieser Veröffentlichung finden Sie konkrete Beispiele für die jüngsten Maßnahmen und Initiativen des EWSA, die die Gestaltung Europas maßgeblich beeinflusst haben.

Die Broschüre ist sechs Sprachen (DE, EN, ES, FR, IT und PL) auf dem Internetportal des EWSA abrufbar: https://www.eesc.europa.eu/de/our-work/publications-other-work/publications/shaping-europe-recent-eesc-achievements-2021-edition.

Gedruckte Exemplare können Sie hier bestellen: vipcese@eesc.europa.eu. (fgr)

Redaktion

Ewa Haczyk-Plumley (editor-in-chief)
Daniela Marangoni (dm)

Beiträge zu dieser Ausgabe von

Amalia Tsoumani (at)
Aude Francois (af)
Chrysanthi Kokkini (ck)
Daniela Marangoni (dm)
Daniela Vincenti (dv)
Ewa Haczyk-Plumley (ehp)
Fabiola Giraldo Restrepo (fgr)
Jasmin Kloetzing (jk)
June Bedaton (jb)
Laura Lui (ll)
Marco Pezzani (mp)
Magdalena Walczak Jarosz (mwj)
Nicola Accardo (na)
Pablo Ribera Paya (prp)
Sveto Trajkovski (st)

Gesamtkoordinierung

Agata Berdys (ab)
Katerina Serifi (ks)

Technical support
Bernhard Knoblach (bk)

Anschrift

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Jacques Delors Building,
99 Rue Belliard,
B-1040 Brussels, Belgium
Tel. (+32 2) 546.94.76
E-Mail: eescinfo@eesc.europa.eu

EWSA info erscheint neunmal im Jahr anlässlich der EWSA-Plenartagungen.
EWSA info wird in 23 Sprachen veröffentlicht.
EWSA-Info hat keinen Protokollwert; die offiziellen Aufzeichnungen über die Arbeiten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) können im Amtsblatt der Europäischen Union sowie in anderen Publikationen des EWSA eingesehen werden.
Die Vervielfältigung ist gestattet, sofern EWSA info als Quelle genannt und ein Link an die Redaktion übermittelt wird

08/ 2021